HAVEL BRANDUNG

2/2018

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel

// Interview mit Bernd Riexinger (S. 2)

// Schule ohne Rassismus (S. 5)



// So ein Kreuz mit Marx (Glosse) (S. 6)

Brandenburger sagen NEIN!



Zeichen setzen; Foto: Bernd Lachmann

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist gegen Krieg. Deutschland zeigt sich aber als treuer Verbündeter der USA. Das beweist die Unterstützung der Modernisierung der in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationierten 20 US-Atomraketen, die auf Befehl des US-Präsidenten von deutschen Tornadoflugzeugen zum Einsatz gebracht werden können. DIE LINKE Potsdam-Mittelmark hat 2017 beschlossen, Druck von unten auf die Bundesregierung auszuüben und Gemeindevertretungen wie auch Stadtverordnetenversammlungen aufzufordern, Resolutionen zum Abzug der Atomwaffen auf die Tagesordnung zu setzen. Das Argument: Friedenssicherung ist eine originäre Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge und somit nicht nur der Bundesebene zu überlassen.

Heute kann festgestellt werden, dass in folgenden Städten und Gemeinden die Resolutionen mehrheitlich, teilweise sogar einstimmig, beschlossen wurden: Wusterwitz, Bensdorf, Wiesenburg, Kloster Lehnin, Borkheide, Schwielowsee, Brandenburg an der Havel, Bad Belzig, Werder/Havel, Potsdam und Cottbus. Der Kreistag Potsdam-Mittelmark hat sich im März 2018 ebenfalls angeschlossen. Das zeigt, dass die Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen auch über Parteigrenzen hinweg Zustimmung findet. Im Juli 2017 protestierten viele Brandenburger vor dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel und blockierten zum Dienstbeginn das Haupttor zur Kaserne. Wir haben dort vor Ort sichtbar Flagge gezeigt und jede/r konnte lesen: ***„BRANDENBURGER SAGEN NEIN zur nuklearen Aufrüstung! Weg mit den US-Atomwaffen aus Büchel.“*** Diese Aktion soll im Juni/Juli wiederholt werden. Unterstützer auch aus der Stadt Brandenburg sind herzlich willkommen.

Bernd Lachmann
Stellv. Vorsitzender DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark

Wussten Sie schon...

...dass nach Daten des Friedensforschungsinstituts SIPRI die Militärausgaben im vergangenen Jahr weltweit auf nunmehr rund 1,74 **Billionen** Dollar (rund 1,43 Billionen Euro) stiegen? Das untergrabe die Suche nach friedlichen Konfliktlösungen auf der ganzen Welt, warnten die Forscher. Mit Abstand die höchsten Rüstungsausgaben haben die USA mit 610 Milliarden Dollar, gefolgt von China (228 Milliarden). Russland hat mit 66 Milliarden Dollar erstmals seit 1998 deutlich weniger Geld in Waffen und Militär gesteckt.

...dass sich laut DPA die Nato-Bündnisstaaten dieser Tage darauf verständigt haben, dass Deutschland Standort eines neuen Nato-Kommandos wird? „Im Zuge der Aufrüstung gegen Russland“, so die Begründung, ist geplant, das Hauptquartier für schnelle Truppen- und Materialtransporte in der baden-württembergischen Stadt Ulm anzusiedeln. Die dortige Wilhelmsburg-Kaserne ist bereits heute Standort eines multinationalen Kommandos zur Führung von weltweiten Kriseneinsätzen.

...dass laut einer Studie der Universitäten Leipzig und Belfast die Menschen in Ostdeutschland zu den Themen Krieg und Militär kritischer eingestellt sind als ihre Landsleute in den alten Bundesländern? Demnach halten 75 Prozent der befragten Ostdeutschen Krieg für grundsätzlich moralisch verwerflich (Westdeutsche tun das nur zu 63 Prozent) und dass Deutschland weniger Geld für Rüstung ausgeben soll, finden im Osten 64 Prozent (im Westen 41 Prozent).

Redaktion „HavelBrandung“

Spiel und Spaß mit politischem Anspruch

16. Kinder- und Familienfest im Waldcafé Görden

„Ob Regen oder Sonnenschein - wir treten für unsere Kinder ein“, mit diesem Slogan eröffnete Rosi Musehold, Ehrenvorsitzende des Festkomitees und Mitglied der LINKEN, mit Blick auf das zunächst schlechte Wetter das 16. Kinder- und Familienfest am 3. Juni im Waldcafé Görden.

Schirmherr Dr. Andreas Bernig, Landtagsabgeordneter unserer Partei, betonte in seinem Grußwort, dass vor allem die Kinder unter prekärer Beschäftigung ihrer Eltern litten und verwies auf einen Erfolg der rot-roten Landesregierung - wenige Tage vor dem Fest beschloss der Brandenburger Landtag die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kitajahr.

Bei vielfältigen kostenlosen Angeboten, wie Büchsenwerfen, Kinderschminken oder Hopseburg, kreativen Darbietungen, wie Tanzen oder Seilspringakrobatik, Infoständen, einem Flohmarkt und Musik von DJ Deddy genossen viele kleine und große Besucher*innen eine am Ende doch noch sommerlich-sonnige Feier anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni.



Foto: WeM

Mit einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden dem in diesem Jahr verstorbenen Vorsitzenden des Festkomitees Hartmut Kühne.
Der neue Vorsitzende Thomas Zeus hat schon ein paar Ideen im Kopf, die er gemeinsam mit Mitgliedern der Volkssolidarität und der LINKEN sowie den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen, ohne die das Fest nicht möglich wäre, umsetzen möchte.

Daniel Herzog

Personalentwicklung in der Polizei endlich wieder positiv!

Die LINKE hatte in Brandenburg immer, solange sie in der Opposition war, erklärt, dass sie gegen den Personalabbau im Öffentlichen Dienst ist, also auch in der Polizei. Im Koalitionsvertrag von 2009 schluckte sie dann allerdings eine Kröte und ließ sich auf eine Reduzierung der Landesbediensteten von damals 51.000 auf 40.000 bis 2019 ein; für die Polizei hieß das von 10.000 auf 7000 Stellen. Begründet wurde das hauptsächlich mit einer rückläufigen Kriminalitätsentwicklung – was auch zutraf. Dazu kam die damalige Prognose, dass der Landeshaushalt infolge des Auslaufens des Solidarbeitrages und der EU-Förderung bis 2019 von ca. 10 Mrd. € auf 8 Mrd. € abschmelzen wird. Die Entwicklung verlief dann aber anders: Besonders die Grenzkriminalität stieg enorm an, die Terrorismusbedrohung nahm zu und die ersten Auswirkungen der Flüchtlingskrise zeigten sich. Es gab erhebliche Proteste der Gewerkschaften, da die Besoldung mit der steigenden Arbeitsbelastung nicht Schritt hielt und die permanente Umorganisation im Rahmen der Polizeireform die Arbeit zusätzlich erschwerte. Das Thema Innere Sicherheit gewann in der Öffentlichkeit immer mehr an Bedeutung. Dem trug der Koalitionsvertrag von 2014 Rechnung. Auch weil sich die finanziellen Prognosen für den Landeshaushalt verbesserten. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung und steigenden Steuereinnahmen konnte man inzwischen von einem Haushalt in Höhe von ca. 10 Mrd. € für 2019 ausgehen. Damit war der finanzielle Rahmen gegeben, um den Personalabbau zu stoppen. Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 erfolgte eine weitere Aufstockung der Personalstellen – das bedeutete für die Polizei eine Personalstärke von 8250 Stellen. Die LINKE kann für sich in Anspruch nehmen, nach 7 Jahren Regierungsbeteiligung den Personalabbau endlich gestoppt zu haben. Allerdings hat das viel zu lange gedauert und das Vertrauen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist gegen Null gesunken. Heute muss man konstatieren, dass der Personalabbau ein schwerer Fehler war.

... weiter auf Seite 4.

Open Data in den Kommunen

Anfang April berichtete die Presse von einem Vorschlag des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Er schlug vor, dass deutsche Kommunen die Datensätze, die in ihren Verwaltungen erhoben werden, verkaufen und so die kommunalen Kassen aufbessern können. Beispiele für solche Daten sind Luftbilder oder demografische Angaben, jedoch keine personenbezogenen Daten.
Das größte Potenzial für die Nutzung von Daten der Verwaltung liegt in der Verknüpfung von solchen ganz unterschiedlichen Bereichen. Müsste man für diese Daten Geld zahlen, könnten sich das gemeinnützige Initiativen oder Privatpersonen oft nicht leisten. Weil sich aber eher gemeinwohlorientierte Anwendungen auf Basis dieser Daten entwickeln, ist es viel sinnvoller, einen Open-Data-Ansatz zu verfolgen, d. h. Daten kostenlos und unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen. Dann können diese nämlich von allen genutzt werden. Nur so können wir verhindern, dass Daten zur reinen Ware werden und große Unternehmen, die vor allem Eigeninteressen verfolgen, begünstigt werden, während gemeinnützige Initiativen genauso wie kleine und mittlere Unternehmen das Nachsehen haben. Anwendungen wie *naturtrip.org* gäbe es ohne offene Daten nicht. *Naturtrip* ist die erste Auskunft über öffentliche Nahverkehrsmittel, bei der man sein geografisches Ziel vorher nicht kennt. Wer zum Beispiel in der Natur baden gehen möchte, sucht in der App nach dem nächstgelegenen Strandbad und erhält Vorschläge, wo solche Bäder sind und wie man dort am einfachsten mit dem ÖPNV hinkommt. Weil der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) und der BUND die Daten dafür offen zur Verfügung stellte, ist es möglich, schon jetzt fast 2.000 Ausflugsziele umweltschonend zu erreichen.

Offene Daten führen auch zu mehr Transparenz in Politik und Verwaltung. Man kann besser nachvollziehen, welche Entscheidungen warum und mit welchen Folgen getroffen worden sind, wenn diese offengelegt werden müssen, zum Beispiel Gutachten von Lobbyisten, alle Verträge der öffentlichen Hand über einem bestimmten Schwellenwert oder Feinstaubmessergebnisse an viel befahrenen Straßen. Potsdam und Berlin verfolgen bereits Open-Data-Strategien. Diese sinnvollen Bestrebungen hin zu mehr offenen Daten nun rückgängig machen zu wollen, indem man sie nur noch zahlungskräftigen Unternehmen zur Verfügung stellt, wäre grober Unfug und würde dem Gemeinwohl schaden.Kommunen sind schließlich keine profitorientierten Unternehmen wie Facebook oder Google. sondern der Daseinsvorsorge und dem Bürgernutzen verpflichtet. Und ganz nebenbei haben wir alle, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Sammlung und Verarbeitung kommunaler Daten bereits mit unseren Steuern finanziert – deshalb sollten sie auch uns allen gehören.

Anke Domscheit-Berg (MdB)



Anke Domscheit-Berg (MdB, DIE LINKE) will die digitale Agenda mitprägen; Foto: DIE LINKE



Bernd Riexinger (DIE LINKE) Vorsitzender des Parteivorstandes; Foto: Ben Gross

„Das Leben darf nicht nur um die Arbeit kreisen." Interview mit Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE

//Sie fordern ein neues Normalarbeitsverhältnis. Was verbirgt sich dahinter?
B.R.: Heutzutage wird der Arbeitsalltag viel zu vieler Beschäftigter geprägt von Niedriglöhnen und Dauerstress. Wir wollen die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße stellen. Normal muss sein, was den Menschen dient, nicht was dem Profit der Unternehmen nutzt: Löhne, die für ein gutes Leben reichen, sichere Arbeit statt Befristungen und Leiharbeit, kürzere Arbeitszeiten statt Dauerstress.

//Im Jahr 2016 haben die Beschäftigten in Deutschland rund 1,7 Milliarden Überstunden geleistet, den größten Teil davon unbezahlt. Wie wollen Sie das ändern?
B.R.: Die Wochenhöchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden gesenkt und die Mitbestimmung der Beschäftigten gestärkt werden, so dass mehr Personal eingestellt wird. Denn Dauerstress macht immer mehr Menschen krank. Aber unser Ansatz ist radikaler.

//Inwiefern?
B.R.: Wir wollen Arbeit gerecht verteilen. Aktuell sind über drei Millionen Menschen zu Arbeitslosigkeit verdammt, während andere Berge von Überstunden auftürmen. Egal ob Blaumann oder Krankenhauskittel, ob mit Wischmopp oder Laptop, sinnvoll wäre eine Wochenarbeitszeit von rund 30 Stunden. Das Ziel sind Arbeitszeiten, die mit der jeweiligen Lebensphase harmonieren, etwa wenn Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt werden.

//Aber bereits heute haben 40 Prozent der Beschäftigten weniger Einkommen als vor 15 Jahren. Wie kommen sie zukünftig über die Runden?
B.R.: Wir kämpfen für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und für einen Mindestlohn von 12 Euro. Das Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge gehört verboten, Tarifverträge müssen für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Und Minijobs sollen durch sozial abgesicherte und unbefristete Arbeitsverträge mit 20 bis 30 Wochenstunden ersetzt werden. Davon würden auch alle Frauen profitieren, die gegenwärtig in Minijobs abgedrängt werden.

Interview: Ruben Lehnert

Fortschreibung des Masterplans – Zahlenspiele oder Visionen?



Am Rande des Kinder- und Familienfestes: Fraktionsmitglieder im angeregten Gespräch mit dem Sozialbeigeordneten Dr. Wolfgang Erlebach (r) und dem Landtagsabgeordneten Dr. Andreas Bernig (daneben); Foto: WeM

Es ist schon merkwürdig, woran sich in der SVV manchmal die Diskussionen entzünden. Auf der Mai-Sitzung z.B. an der Fortschreibung des Masterplans für 2018. An der Oberfläche ging es um die teilweise synonym gebrauchten Begriffe „Masterplan“ – „Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)“ – „Leitbild“, die sich aber darin unterscheiden, auf welche Bereiche der Stadtentwicklung sie sich konzentrieren und inwieweit sie einen Ist-Stand abbilden oder eine Zukunftsvision entwickeln. Ein Teil der Aussagen in dem 150-Seiten-Papier betrifft in Zahlen ausgedrückte Trends, die ein externes Expertengremium ermittelt hat. An diese Zahlen lassen sich natürlich Vorstellungen darüber knüpfen, wie sich unsere Stadt in Zukunft entwickeln wird bzw. soll. Angesichts der mehrheitlich herrschenden Wachstumsideologie sind dann Zahlen lästig, die dem Wunsch nach Wachstum zuwiderlaufen. Das betrifft in unserer Stadt beispielsweise die Bevölkerungsentwicklung. Die Experten prognostizieren für die nähere Zukunft ca. 68.000 Einwohner und bedienen damit gerade nicht ein zentrales Argument der Kreisfreiheitskampagne, nämlich die Behauptung, Brandenburgs Einwohnerzahl wachse. Jetzt soll nach dem Willen der CDU und der Freien Wähler ein solcher Zuwachs einfach per Änderungsantrag beschlossen werden: Auf 75.000 Einwohner soll es Brandenburg bis 2035 gebracht haben. „15-Jahrespläne hatten wir ja nicht mal in der DDR“, kommentierte dazu René Kretzschmar (DIE LINKE) und gab zu bedenken, dass unabgesicherte Wunschzahlen die Bewilligung von Fördermittelanträgen verzögern oder gar verhindern können. Dirk Stieger revanchierte sich mit der Bemerkung: „Wer wie Sie zählt, wie oft das Wort Masterplan in dem Dokument vorkommt, der hat wohl keine Zeit mehr, sich mit dem Plan selbst zu beschäftigen.“ Nun macht allerdings jeder PC solche Schlagwortzählungen in Sekundenschnelle, aber für Populismus und Demagogie („Wir haben die Kreisfreiheit gerettet.“) ist sich Dirk Stieger nie zu schade. Dem Appell der LINKEN, die Vorlage in den kritisierten Punkten noch einmal zu überdenken und erst beim nächsten Mal abzustimmen, wurde mehrheitlich nicht gefolgt. Damit aber gleich den Vorwurf zu verbinden, der LINKEN fehle der Mut zu Visionen, war nun wirklich daneben. Da wünscht man sich doch, solche Visionen tatsächlich einmal unter der Überschrift „Was bedeutet ein gutes Leben für alle Bürger der Stadt Brandenburg?“ zu diskutieren – dann würden sich allerdings auch, unterhalb der Oberfläche, die unterschiedlichen Auffassungen zeigen, die von einer kritischen Zahlen- und Begriffsanalyse bei Weitem nicht erfasst werden können.

Redaktion „HavelBrandung“

Die AfD und die Demagogie

Als offenbar wohlkalkulierter Angriff ist die Einlassung von Axel Brösicke (AfD) zu bewerten, mit der er in der Mai-SVV die Verwaltung und den Sozialbeigeordneten Dr. Wolfgang Erlebach (DIE LINKE) treffen wollte. Als „Persönliche Erklärung“ deklariert, ging es doch eigentlich um einen demagogischen Rundumschlag. Brösicke bezog sich auf den Umstand, dass die Betreibung der Flüchtlingsunterkunft in der Upstallstraße neu ausgeschrieben und vergeben werden musste und dass im Ergebnis der Ausschreibung das DRK den Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft verliert. In allen Fraktionen und in der Verwaltung wird dieses Ergebnis bedauert, zumal die herausragenden Leistungen des DRK in der Flüchtlingsarbeit viel Anerkennung gefunden haben. Die gesetzlich vorgeschriebene europaweite Ausschreibung lässt aber nicht zu, dass solche Verdienste einfließen. Die Stellschrauben liegen nicht bei der Stadt, sondern im Vergaberecht.

Brösicke, der das alles eigentlich wissen müsste und wohl auch weiß, suggerierte in seiner Erklärung, die Verwaltung könne ohne Weiteres an einen örtlichen Anbieter einen Auftrag vergeben. Dem ist aber nicht so. Übrigens hätte sich Brösicke auch darüber informieren können, dass Wolfgang Erlebach Gespräche mit den neuen Betreibern geführt und sich dabei für den Erhalt der Beschäftigungsverhältnisse der DRK-Mitarbeiter eingesetzt hat. Nach Aussagen Erlebachs wird die Firma PulsM als neuer Betreiber einen Betriebsübergang nach § 613a BGB anerkennen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DRK werden demzufolge zu den bisherigen Konditionen übernommen.

Nicht weniger pauschal äußerte sich Axel Brösicke zum Integrationskonzept für bleibeberechtigte Zugewanderte, das noch gar nicht beschlossen ist, weil mehrere Ausschüssen noch Beratungsbedarf signalisiert haben. Aber für die AfD stand das Urteil schon fest: Der Verwaltung sei der Erarbeitungsprozess entglitten, das Ganze sei intransparent und an dem Konzept hätten überwiegend „Leute, die daran verdienen“ gearbeitet. „Alles Quatsch“, möchte man ausrufen. Die Verwaltung hatte erklärtermaßen nie vor, den Erarbeitungsprozess zu dominieren, sondern setzte auf den demokratischen Prozess einer Ideenwerkstatt, an der sich „jede Person der Stadtgesellschft“, wie es in der Präambel heißt, beteiligen konnte. Ich gehörte zu den Stadtverordneten, die sich bei den Workshops sehen ließen – einen AfD-ler sah ich da nicht. Und inwiefern ehrenamtlich tätige Sprachlehrerinnen, Ärzte, Helfer aus Kirchen und Organisationen an dieser Arbeit verdienen können, ist mir schleierhaft. Aber was zählen schon Fakten, wenn man Horrorszenarien verbreiten kann.

Dr. Uta Sändig

Wechsel an der Fraktionsspitze

„Sind Sie etwa zurückgetreten?“, wurde Ilona Friedland, wie sie erzählte, von Brandenburger Bürgern gefragt, die mitbekommen hatten, dass die Fraktions-Doppelspitze jetzt von René Kretzschmar und Heike Jacobs gebildet wird. Wir können beruhigen: Nein, es gab keinen Rücktritt, nur eine Verlagerung der Aufgaben. Ilona Friedland ist zusammen mit Andreas Kutsche zum Kreisvorsitzenden-Duo der Partei DIE LINKE gewählt worden und hat ihre Bereitschaft, den Kreis als Co-Vorsitzende zu vertreten, mit der Bitte verbunden, den Fraktionsvorsitz abzugeben. „Ich bin gegen Ämterhäufungen, die immer auch Interessenkonflikte nach sich ziehen können“, kommentierte sie ihre Entscheidung. Heike Jacobs wurde übrigens einstimmig mit ihrer neuen Aufgabe betraut.

Redaktion „HavelBrandung“



Heike Jacobs; Foto: WeM

In eigener Sache: Wie weiter mit der politischen Bildung?

Wiederbelebt hat unser Kreisverband die AG politische Bildung. Auf einer Gesamtmitgliederversammlung (GMV) im Herbst des vergangenen Jahres haben wir, zum wiederholten Mal, über die Schwachstellen in der gesellschaftspolitischen Arbeit des Kreisverbandes (KV) debattiert. Die kontinuierliche Gewinnung von neuen Mitstreitern und ihre Betreuung und eben die politische Bildung sind Dauerbaustellen – nicht nur in unserem KV. Vielleicht hängt beides ja miteinander zusammen, denn die Erinnerung so manches Genossen (aber auch Nicht-Genossen) an ein von oben verordnetes „Parteilehrjahr“, im Volksmund auch „Rotlichtbestrahlung“ genannt, lässt wohl bei niemandem Lustgefühle aufkommen. Relative Einigkeit besteht aber darin: Die unkritische Bibelstunde mag anderen Akteuren vorbehalten bleiben. Was wir brauchen, sind spannende Ansätze, wie sie von den Klassikern des Marxismus angeregt und von heutigen Denkern interpretiert, hinterfragt, weiterentwickelt werden. Dringlich wird eine hochwertige politische Bildung auch mit Blick auf die gegenwärtige angespannte Weltlage. Nun kann man fragen: Wann war die Weltlage je entspannt? Aber Populismus, Fremdenfeindlichkeit und allgemeiner Hass, der die gesamte Gesellschaft durchdringt, verbunden mit einer deutlichen Verschiebung von Ansichten und Normen nach rechts, teilweise schon bis hin zu nationalsozialistischen Denkweisen, waren seit dem Ende des 2.Weltkrieges noch nie so ausgeprägt wie heute. Und die explosive Stimmung ist ja nicht mit einer allgemeinen Eintrübung der Laune zu erklären, sondern hängt mit der immer weiter auseinander klaffenden Schere zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Ohnmächtigen zusammen – deren Ursachen es tiefgründig zu analysieren gilt.

Der Aktivierung der AG politische Bildung ging, angefangen in den Basisorganisationen und im Kreisvorstand, eine Art Erkundung der Wünsche nach Themen und Arbeitsformen voraus. Es ergaben sich mehr als 10 Themenvorschläge und auf der GMV wurde dann über eine Reihenfolge abgestimmt. Es ist nur konsequent, dass das große Thema Frieden als Spitzenreiter auserkoren wurde. Die AG hat sich in ihren ersten beiden Diskussionsrunden diesem wohl mit bedeutsamsten Feld der politischen Arbeit unserer Partei gewidmet: Ist Frieden nur die Abwesenheit von Krieg – oder setzt er eine Vision vom gedeihlichen Zusammenleben der Menschen dieser Erde voraus? Haben wir als LINKE dazu eine ausreichend klare Vision?

Ein Höhepunkt zu diesem Themenkomplex wird der Besuch unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger am 25. September im Lighthouse sein.

Weitere Themen stehen bereits auf der Agenda und die Arbeitsformen sollen bewusst flexibel gestaltet werden: Podiumsdiskussion oder Gesprächskreis, mit oder ohne Referenten – da sollte für jeden Geschmack etwas dabei sein.

Lutz Krakau

// Fortsetzung von Seite 2: Personalentwicklung in der Polizei endlich wieder positiv!

Hinzu kommt eine weitere Baustelle. Seit der Föderalismusreform II 2006 sind die Länder für die Besoldung ihrer Beamten zuständig. Vor allem die Gewerkschaften hatten damals davor gewarnt, weil ein Wettlauf um den billigsten Beamten beginnen werde. Und genau so ist es gekommen! Dabei streiten sich Berlin und Brandenburg wechselseitig um den letzten Platz in der Besoldungstabelle. Der Absturz nach unten ging sogar so weit, dass das Bundesverfassungsgericht 2017 für den Osten feststellte, dass die Besoldung zwischen 2004 und 2014 verfassungswidrig war. Fatal dabei, dass nur diejenigen eine Nachzahlung erhalten, die Widerspruch eingelegt hatten. Das waren in Brandenburg von ca. 30.000 Beamten lediglich 300.

Die Landesregierung und der Gesetzgeber mussten also reagieren. Gegen den Entwurf des neuen Besoldungsgesetzes lief zunächst vor allem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Sturm. Also wurde im parlamentarischen Verfahren reagiert. Heraus kam die 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses der Angestellten für die Beamten. Darüber hinaus erfolgte 4 Jahre lang ein Zuschlag von 0,5 % und die Verpflichtung, auch 2019, nach den nächsten Tarifverhandlungen, das Ergebnis 1:1 zu übernehmen. Außerdem wurde das Eingangsamt im Polizeidienst angehoben und Bereitschaftspolizisten erhalten einen Zulage von monatlich 60 €. Für alle Landesbediensteten wird es einen Gesundheitsfonds von 50 € pro Beschäftigten geben. Es wurden Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes beschlossen und Leitlinien für einen Index gute Arbeit. Mit diesen Regelungen sind wichtige Schritte getan, um den Fachkräftenachwuchs für den Öffentlichen Dienst und im Besonderen auch für die Polizei zu sichern.

Dr. Andreas Bernig (MdL)

Schule ohne Rassismus – wir lassen uns nicht einschüchtern



Am 09. Mai beging das Von-Saldern-Gymnasium seinen alljährlichen Europatag. Dabei war eine der von Schüler*innen organisierte Veranstaltung eine Diskussionsrunde mit Politiker*innen zum Thema „Sicherheit in Europa“. Geladen waren die Bundestagsabgeordneten Anke Domscheit-Berg (für DIE LINKE), Dietlind Tiemann (CDU) und Linda Teuteberg (FDP) sowie die Landtagsabgeordneten Ralf Holzschuher (SPD) und Marie-Luise von Halem (Grüne). Für die meiste Aufregung sorgte aber bereits im Vorfeld der Bundesvorsitzende der rechtspopulistischen Partei AfD, Jörg Meuthen. Dieser ist dafür bekannt, dass er sich seltener zu offen rassistischen Aussagen hinreißen lässt. Vielmehr vermengt er Abstiegsängste von Menschen mit Fremdenfeindlichkeit. Viele der Schüler*innen durchschauen dies, dafür mag die Diskussion gut gewesen sein. Und auch obwohl Meuthen recht blass in der Debatte wirkte, generierte sein Auftritt eine Menge Aufmerksamkeit für ihn und seine Partei. Erneut können sie es sich in ihrer geliebten Opferrolle des Außenseiters bequem machen. Der Medienandrang zeigte, dass diese Strategie funktioniert.

Lediglich eine kleine Gruppe linker junger Menschen stand vor dem Gymnasium und artikulierte offen ihre Ablehnung. Auch intern soll es einige Schüler*innen gegeben haben, die der Einladung von AfD-Mitgliedern kritisch gegenüber standen, sie wollten sich jedoch nicht öffentlich äußern. Hinter den Kulissen berichteten sie aber, dass Druck auf sie ausgeübt wurde, ihre Meinung zurück zu halten und die Verantwortlichen für die vorab verteilten Flyer zu benennen.

"Mir wurde von einer Lehrerin angeboten schulische Vorteile zu erhalten, wenn ich ihr verrate, wer hinter den Flyern gegen die AfD steckt", berichtete ein Schüler des Gymnasiums. "Dafür, dass wir friedlich unsere Meinung kund getan haben, gab es eine Menge Ärger." Ein solches Vorgehen der Schule ist zu verurteilen. Laut Aussage der Demonstrant*innen auf der Straße zeigte Schulleiter Reuß sie an, weil sie ein Plakat mit der Aufschrift „Schule mit Rassisten, Schulleiter ohne Courage“ hochhielten. Das mag nicht jedem gefallen, jedoch beteuerte Reuß vorab, dass die Schüler*innen sich selbst eine Meinung bilden können sollten und dass es daher auch okay sei, die AfD einzuladen. Wenn dies ernst gemeint ist, muss man aber auch alle Meinungen zulassen und Gegenwehr aushalten. Auch das gehört zur Demokratie!

Text und Foto: [´solid]

Sorgen der Landwirte beim Blick auf EU-Vorgaben

Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE) beim Landesbauernverband

Gerade die Landwirtschaft wird massiv durch Entscheidungen auf europäischer Ebene beeinflusst – kein Wunder also, dass Helmut Scholz ein gefragter Gesprächspartner für den Brandenburger Landesbauernverband (LBV) ist. Am 23. März schaute er für einen Besuch in der Landesgeschäftsstelle des LBV vorbei.

Ohne Umschweife wurden die aktuellen Positionen und Forderungen ausgetauscht. So machte der LBV klar, dass es hilfreich wäre, wenn von Seiten der EU die Verordnungen flexibler und regional passender ausgestaltet würden. Die Düngezeiten beispielsweise sollten nicht starr nach Monaten vorgegeben werden, sondern an den realen Vegetationsperioden orientiert. Die Bauern würden natürlichem Dünger gegenüber chemischem gern uneingeschränkt den Vorzug geben – aber dazu müssten die EU-Förderrichtlinien auch die schwankende Qualität von Naturdünger berücksichtigen und ggf. einen Ausgleich vorsehen. Helmut Scholz` Kritik an der Fusion der Chemieriesen Bayer und Monsanto schlossen sich die Bauernvertreter an.

So manche Verordnung sei überdies nicht geeignet, bei den Landwirten das Europagefühl zu vertiefen, sondern treibe sie auseinander. Ein Beispiel: Die Mutterkuhhaltung im Brandenburgischen Oderbruch wird mit keiner Prämienzahlung von Seiten der EU unterstützt. Nur 25 km weiter in Polen wird für die gleiche Mutterkuhhaltung aber eine Prämie gezahlt. So manche Kompromisse auf EU-Ebene seien leider kaum noch sachbezogen und von den Flexibilisierungen würden zumeist die großen, jetzt schon sehr gut aufgestellten Mitgliedsländer profitieren, was die Ungleichgewichte eher verstärke.

Auch die in den Freihandelsabkommen, insbesondere in MERCOSUR (Gemeinsamer Markt Südamerikas) vorgesehenen Marktöffnungen machen den hiesigen Landwirten Sorgen. Damit käme z. B. argentinisches Rindfleisch, sog. Edelfleisch, nach Europa, das aber nach minderen Standards in puncto Genfutter und Antibiotika produziert worden ist. Das untergrabe die Wettbewerbsfähigkeit europäischen, speziell auch brandenburgischen Edelfleischs massiv.



Zu Gast im Landesbauernverband: Helmut Scholz (M.), neben ihm Henrik Wendorf (l.); Präsident des LBV, und Wolfgang Scherfke, Hauptgeschäftsführer
Foto: Felix Thier

Helmut Scholz stimmte den Bauern zu, dass der Fokus auf regionale Kreisläufe und Herkünfte sowie saisonale Verfügbarkeit liegen müsse. All dies sei im Kontext der EU aber mit großen Herausforderungen verbunden, da bedauerlicherweise die einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Sichten auf das Projekt EU haben: Für die einen sei es nur eine Möglichkeit, europäische Gelder in den eigenen Nationalstaat zu holen. Für andere Länder sei es selbstverständlich, nicht nur etwas aus der EU herauszuziehen, sondern auch etwas hineinzugeben. Mit Blick auf die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 lasse der erstarkende Nationalismus Ernüchterndes erahnen …

Felix Thier

Zur Fiesta de Solidaridad nach Berlin!

Am 28. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin. „Man fühlt sich wie in Kuba!“ – so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta de Solidaridad“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreund*innen aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Parkaue“ ein. Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, auch gibt es Baseball, Boxen und Domino. An über 50 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche. Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft. Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugticket nach Kuba. Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmermüden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadtteilladen „Zielona Gora“ am Boxhagener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin. „Umsonst und draußen“ – so feiern wir die „Fiesta de Solidaridad“ auch in diesem Jahr! Wer sich trotzdem an der Finanzierung unseres Solifestes beteiligen möchte, kann dies mit einer Spende von 5 Euro tun. Dafür gibt’s den Soli-Button – getragen am T-Shirt oder am Rucksack macht er Euch als Unterstützer der Fiesta erkennbar. Und wer Lust hat, am Fiesta-Tag dem Organisationsteam zu helfen – beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose –, der melde sich bitte unter berlin@cuba-si.org!

Cuba Sí

M-26-7

Fiesta de Solidaridad

Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin.
AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Fiesta de Solidaridad
28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr
Parkaue Berlin-Lichtenberg, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

After-Show-Party
Ab 22 Uhr, Stadtteilladen „Zielona Gora“
Grünberger Straße 73, 10245 Berlin (am Boxhagener Platz)

Spricht der Populismus im Namen des Volkes?

Aus unserer Rubrik „Im Lexikon geblättert“

Das Stichwort Populismus kommt in vielen Nachschlagewerken, einschließlich elektronischen, vor. Die Erklärungen setzen unterschiedliche Akzente. Einigkeit besteht darin, dass dieses Substantiv von dem lateinischen Wort „populus“ = Volk abgeleitet ist (wobei damals Frauen und Sklaven, also die Mehrheit, nicht zum Volk gehörig betrachtet wurden) und eine abwertende Stilfärbung besitzt. Laut DUDEN bezeichnet Populismus „eine Politik, die mit scheinbar einfachen Lösungen die Gunst der Bevölkerung zu gewinnen versucht“. Ihren führenden Vertretern geht es aber nicht wirklich um das Wohl des Volkes, sondern um Machtgewinn.

Die Sozialwissenschaften verstehen unter Populismus einen spezifischen Politikstil, der den Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“, zwischen „gesundem Menschenverstand“ und krankem „Intellektualismus“ betont und als „Stimme des Volkes“ auftritt. Populistische Anschauungen setzen auf Polarisierung, Simplifizierung und Moralisierung: Komplizierte Sachverhalte werden auf ein leicht überschaubares Richtig-Falsch-Schema zurecht gestutzt und mit dem Gut-Böse-Schema ultimativer moralischer Urteile verbunden. Oft geht damit eine Art Heilslehre einher und die Vertreter dieser Lehre werden kritiklos verehrt oder Kritik an ihnen wird drastisch unterbunden.

Wie die Geschichte zeigt, kann der „gesunde Menschenverstand“ irren, sobald er ideologischen Rattenfängern folgt. Urteile, die auf einem derart vereinfachten, verzerrten Weltbild beruhen, sind eigentlich Vor-Urteile, also Urteile, die gefällt werden, bevor man sich komplex informiert hat. Aktuell untergräbt der Rechtspopulismus mit seinen besonders gefährlichen Vorurteilen das friedliche Zusammenleben der Völker. Ihm mit linkspopulistischen Parolen zu begegnen, wäre allerdings der falsche Weg.

Dr. Uta Sändig



Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

also, et jibt ja Menschen, die wirklich glauben, ihre langweilige Ausstrahlung durch eine rasante Frisur aufpeppen zu können. Die bunten Blätter reden ihnen auch ein, dass sich ein ödes Gesicht und ein leerer Blick durch kosmetische Tricks korrigieren lassen. Glaubt einer langjedienten Friseurin: Det funktioniert nich. Eine interessante Miene setzt interessante Jedanken voraus.

Nehmen wir ein prominentes Beispiel: Mister Donald Trump. Dieses teigige Milchgesicht mit Schweinsäuglein und tückischem Blick kann auch die teuerste Visagistin nicht auf sympathische Ausstrahlung trimmen. Oder gar auf intelligente. Der soll ja, sagt man, den Wortschatz eines Fünfjährigen haben und eigentlich so wat wie ein funktionaler Analphabet sein. Nur mal zugucken, wie der seine Unterschrift setzt. Von der Frisur will ick jar nicht reden, darauf haben sich schon zig Kabarettisten jestürzt. Aber mich treibt eine andere Frage um: Wie kann die Mehrheit eines ganzen Staatenbundes auf so einen launischen Piesepampel hereinfallen? Wenn er nich so gefährlich wäre, müsste man doch unentwegt über ihn kichern. Aber solange er die Welt als seinen Sandkasten versteht und zu seinem Spielzeug der Atomknopf jehört, bleibt einem das Kichern im Halse stecken. Ein kluger Mann soll mal jesagt haben: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. So schlecht von den Amis zu denken widerstrebt

Eurer
Bella Branne



Vorsicht, Glosse!

So ein Kreuz mit Marx!

In jeder Folge einer bayrischen Krimi-Serie der 1960er Jahre fasste sich der betagte Kommissar Wanninger mit schmerzverzerrtem Gesicht an den Rücken und stöhnte seinem Assistenten zu: „Fröschl, mei Kreiz!“
Reichlich 50 Jahre nach dem letzten Wanninger-Seufzer hat es jetzt also auch der bayrische Ministerpräsident mit dem Kreuz. Allerdings sitzt dessen Schmerz-Quelle nicht im Rücken, sondern weiter oben, im Kopp.
Alle seine Vorgänger seit König Ludwig haben es vermasselt, die führende Rolle der CSU in die Landesverfassung zu schreiben, und nun muss sich Marcus Maximus Söder seine Rübe darüber zerbrechen, wie die AfD noch vor den nächsten Landtagswahlen rechts überholt werden kann. Schließlich soll der Urnengang für ihn ja nicht auch dortselbt enden! Krutzi Türken!
Ja, da war sie doch, die Idee!
Wenn sogar der Leibhaftige vor dem Kreuz zurückschreckt und an jedem bayrischen Feldrand ein Kruzifix vor Hagel, Sturm und Tausendfüßlern schützt – Herrschaftszeiten, dann wird es doch wohl auch gegen kriminelle Kopftucht-Trullas, afrikanische Schlauchboot-Krieger und ungläubige Saupreißn helfen, Kruzifix no amohl!
Kurzum: Das Sägemehl am Stuhl des damischen Amtsvorgängers, Horst Senilhofer, war noch nicht ganz weggefegt, da kündigte der frische Franke an, zum Schutz des christlich-bayrischen Abendlandes in allen Behörden des Freistaats Kreuze aufhängen zu lassen.
In diesem Moment soll es einigen Gottesmännern glatt das Birett von den geweihten Schädeln gehauen haben. Als Kardinal Marx dann empört meinte, so würde das Kreuz im Namen des Staates enteignet, war aber Feuer in den Hütten von „Söder und Gomorrha“.
Der erste Pawlowsche Reflex kam wie immer von Wadenbeißer Dobrindt, dieser oberbayrischen Misch-Variante aus Dobermann, Rindviech und Marktschreier. Vom Allgäu bis nach Unterfranken hörte man den alten Maut-Kasper fluchen: „Wir lassen uns von Kardinal Marx doch nicht die Soutane über die Ohren ziehen. Was versteht dieser narrische Kuttenbrunzer schon vom Kreuz?! Wenn einer schon MARX heißt!!! Soll doch dieser katholische Zipfelklatscher über den Weißwuerscht-Äquator nach Trier zu seinem Kumpel Karl gehen, da haben sie gleich beide ihr Denkmal, aber: Mir san mir!“

Hans-Joachim Lass

Wider den Pflegenotstand



Dass die reiche BRD viel zu wenig für eine gute Pflege ihrer Kranken und Alten ausgibt, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Auch die „Havelbrandung“ nahm den Pflegenotstand schon mehrfach zum Anlass, Gründe und Folgen eines Missstandes zu reflektieren, der letztlich auf einer falschen Prioritätensetzung beruht.

Inzwischen tut sich etwas – vor allem „von unten“. Auch in unserer Havelstadt hat sich ein Bürgerbündnis gegründet, das den Untertitel trägt „für mehr Personal für Pflege und Krankenhaus in Brandenburg und Umgebung“. Das Bündnis ist unabhängig, also keiner Partei oder Organisation verpflichtet, gleichwohl machen dort neben vielen Beschäftigten des Gesundheitswesens auch Bürgerinnen und Bürger mit, die z.B. der Volkssolidarität, dem Ältestenrat der Stadt, der Partei DIE LINKE, der DKP und dem DGB angehören.

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 22. Februar wurden Ideen für mögliche Aktivitäten zusammengetragen, die inzwischen ihre Wirkung entfalten. Beispielsweise die Unterschriftensammlung am 1.Mai auf dem Altstadt Markt, am 12. Mai auf dem Neustadt Markt und am 3. Juni im „Waldcafé Görden“. Wohl nicht verwunderlich ist, dass zu den Unterschreiber*innen viele Beschäftigte, auch ehemalige, aus Krankenhäusern und Altenheimen gehörten. Einige ließen es sich nicht nehmen, von ihren Erfahrungen zu berichten. „Vor den Nachtdiensten habe ich Angst“, kommentierte eine Krankenschwester. „Immer öfter wird der Dienstplan zusammengestrichen und dann bin ich ganz allein auf der Station. Zum Glück ist bisher nichts passiert…“ Eine Altenpflegerin erzählte: „Ich trete in diesen Tagen nach einer überstandenen Krebserkrankung wieder meinen Dienst an. Ich liebe meine Arbeit, aber ich bin körperlich nicht mehr so leistungsfähig; hoffentlich wird darauf Rücksicht genommen.“ Eine ehemalige OP-Schwester, fast 80, begrüßte die Initiative und fügte hinzu: „Ich habe über 40 Jahre am OP-Tisch gestanden. Das war mein Traumberuf, meine Berufung. Aber wenn ich höre, unter welchem Stress das Personal heute arbeitet, möchte ich nicht tauschen.“ „Wertschätzung drückt sich heutzutage in Geld aus“, fasste eine junger Pfleger zusammen, „und so gesehen werden wir einfach nicht genug wertgeschätzt.“ Auch wenn so mancher Jugendliche mit der Begründung nicht unterschrieb, das habe ja wohl in seinem Alter noch Zeit, sind bereits mehrere tausend Unterschriften zusammengekommen.

Weitere Listen werden ausliegen, z.B. auf den geplanten Stadtteilversammlungen. Nicht zuletzt hat das Bürgerbündnis enge Verbindungen geknüpft zu anderen Bündnissen mit gleicher Stoßrichtung, wie sie z. B. in Berlin, Hamburg und dem Saarland geschmiedet wurden. Für das Berliner und Hamburger Volksbegehren für eine bessere Pflege ist die notwendige Zahl an Unterschriften übrigens schon jetzt überschritten.

Die Bundesregierung hat die Zahl von geplanten 8.000 zusätzlichen Pflegekräften, wie sie im Koalitionsvertrag steht, unter dem Druck der Straße schon auf 13.000 erhöht – aber auch das ist noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Und vor allem: Um die erforderlichen Ausbildungsplätze zu besetzen und abgewanderte Kräfte zurück zu gewinnen, braucht es vor allem eines: Eine angemessene Bezahlung.

Redaktion „HavelBrandung“

Aus unserer Rubrik: Kochen mit LINKS

Nudeln mit Tomatensoße „Bombolini“
(aus Italien)



Foto: Uta Sändig

Zutaten für 4 Personen:

- *gewünschte Menge Nudeln (z. B. Fusili)*
- *500 g Kirschtomaten (Bombolini)*
- *200 g Frischkäse*
- *6 EL Olivenöl*
- *2 Knoblauchzehen o. eine Zwiebel*
- *Basilikum, Salz*
- *Reibekäse*

Zubereitung:
Nudeln kochen; währenddessen Olivenöl in der Pfanne erhitzen und den gepressten Knoblauch oder die gewürfelte Zwiebel und die geviertelten Kirschtomaten dazu geben; 10 Minuten köcheln, dabei umrühren und etwas Nudelkochwasser nach Bedarf zugeben; nun den Frischkäse unterrühren, aber nicht mehr kochen lassen, und das in Streifen geschnittene Basilikum und das Salz unterheben. Die Soße über die Nudeln geben und nach Wunsch mit Reibekäse bestreuen.

Übrigens: Die Soße enthält viel Lycopin, das die Zellen vor Entartung schützt.

Elke Kroll

Aus der Kinderstube unserer Partei

Manchmal ist es nützlich, alte Texte neu zu lesen. So auch die ersten „Info-Blätter“ des Kreisverbandes der PDS aus den frühen Neunzigern. In der 2. Ausgabe findet sich dort folgender launiger Text, der gekürzt aus der „Weltbühne“ Nr. 24 übernommen worden war:

Monopoly – Spiel ohne Grenzen
Eines Tages wollte das große **D** wieder mit dem kleinen **d** spielen. Lange Zeit hatten die beiden nichts voneinander wissen wollen und lieber mit anderen Buchstaben gespielt. Doch als der Herbst kam, da entdeckten sie etwas überrascht, dass der Weg zueinander gar nicht so unüberwindlich war, wie es eine Ewigkeit lang schien. Also machte sich das große **D** auf den Weg und packte viele schöne Spielsachen ein: Matchbox-Autos und Barby-Puppen, LEGO-Steine und feine Spiele aus Ravensburg. Da freute sich das kleine **d**, denn sein Kaufmannsladen war nur dürftig bestückt. Die wenigen Plüschtiere waren abgewetzt und das Spielgeld wertlos. Am Anfang lief alles bestens. Das kleine **d** durfte mit der glitzernden Spielzeugpracht des großen **D** spielen, während eine lila Kuh lächelnd Süßigkeiten verteilte. Das große **D** vernaschte und verspielte die letzten Kostbarkeiten aus dem Kaufmannsladen. Alles schien bestens zu laufen und Außenstehende beneideten die Spielgefährten wegen ihrer neuerworbenen Einigkeit. Aber irgendwann fing das große **D** zu lästern an über das kleine. Mit gehässigem Unterton verwies es auf die real existierende Ungleichheit ihres Spielzeugangebots. Die Spielsachen des kleinen **d** waren, wenn nicht schon von Anfang an, so doch inzwischen kaputt oder ihrer Funktionstüchtigkeit verlustig gegangen. Auch das Spielgeld wollte das große **D** plötzlich nicht mehr akzeptieren. Feierlich verkündete es aber seine Bereitschaft, das wertlose Blech gegen ein paar harte Taler einzutauschen; diese soziale Wohltat müsse das kleine **d** dann aber auch gebührend würdigen. „Was gespielt wird, bestimme von jetzt an ich“, sagte das große **D**. Da weinte das kleine **d** und wurde auch ein bisschen bockig. Schon wollte es seine Ärmlichkeiten einpacken und nach Hause gehen, als das große **D** merkte, dass es wohl zu weit gegangen war. Es beschwichtigte das kleine **d** mit Geschenken: ein paar wichtig drein blickende Marionettenpuppen und viele gebrauchte Autos. Dann verkündete es kategorisch: „Jetzt wird Monopoly gespielt.“ Natürlich gewann das große **D** jede Partie. Denn wer, wie das kleine **d**, daran gewöhnt war, ewig einem Plan hinterher zu laufen und darüber das Investieren zu vergessen, der hatte bei diesem Spiel keine Chance. Im Handumdrehen hatte das große **D** alle Straßen, Bahnhöfe, Elektrizitätswerke, Wasserwerke und Tankstellen besetzt und kassierte mächtig ab. So geht das nun Runde um Runde – so lange, bis der eine gestorben ist. Fragt sich nur, ob auch ein anderer Ausgang denkbar wäre…

Jetzt, 25 Jahre später, mag man einschätzen können, ob der damalige Artikel schwarz gemalt war bzw. daneben gelegen hat.

Gefunden von: Wilfried Weise

Bilderrätsel

Unsere Stadt kann sich mit vielen Prädikaten schmücken: „Chur- und Hauptstadt“, „Die älteste Stadt zwischen Elbe und Oder“, „Stadt im Fluss“, „flächenmäßig größte Stadt im Land“ - jedenfalls hat sich die einstmals große Industriestadt zu einem Kleinod an der Havel entwickelt. Manchmal überraschen schön gestaltete Details mit Nostalgie-Faktor auch dort, wo man sie nicht vermutet, zum Beispiel auf den abgebildeten Objekten. Wir fragen: Wo sind diese zu finden?



Bild 1 zeigt eine Straßenbahn. Finden wir das Objekt
- ☐ **A** im Straßenbahnmuseum in der Bauhofstraße,
- ☐ **B** an der Endhaltestelle „Hohenstücken-Nord“ nahe der Sophienstraße oder
- ☐ **C** an der Endhaltestelle in der Anton-Saefkow-Allee?



Bild 2 zeigt den legendären „Opel Blitz“, der einstmals in unserer Stadt gebaut wurde. Das Werk fiel am 06. August 1944 den Bomben zum Opfer. Wo steht das Objekt, das mit diesem Bild geschmückt wurde?
- ☐ **A** in der Nähe der August-Bebel-Straße,
- ☐ **B** in der Spittastraße oder
- ☐ **C** in der Kirchhofstraße?



Bild 3 erinnert an ein Blumengeschäft, dessen letzte Inhaber längst ins Zentrum der Stadt gezogen sind. Wo ist das Objekt zu finden?
- ☐ **A** in der Neuendorfer Straße,
- ☐ **B** auf dem Mühlendamm oder
- ☐ **C** in der Magdeburger Landstraße?

Auch dieses Mal wünschen wir unseren Rätselfüchsen viel Spaß. Die Gewinner können sich auf drei City-Schecks freuen. Der Einsendeschluss ist der 15.08.2018.

Text und Foto: WeM

Was? Wann? Wo?

11.06.2018 – 18.00 Uhr	• Fraktionssitzung ➞ Geschäftsstelle
13.06.2018 – 18.00 Uhr	• Sitzung Kreisvorstand ➞ Geschäftsstelle
20.06.2018 – 09.30 Uhr	• Bürger*innenfrühstück ➞ Geschäftsstelle
25.06.2018 – 18.00 Uhr	• Fraktionssitzung ➞ Geschäftsstelle
26.06.2018 – 16.00 Uhr	• Beratung BO-Vorsitzende ➞ Geschäftsstelle

Wir machen Sommerpause vom 02.07.2018 bis 18.08.2018.
Die Geschäftsstelle hat dann nur dienstags und donnerstags von 9 bis 17 Uhr geöffnet.

08.09.2018 – 09.00 Uhr	• Kreisparteitag der LINKEN ➞ TGZ, Friedrich-Franz-Str. 19
10.09.2018 – 18.00 Uhr	• Fraktionssitzung ➞ Geschäftsstelle
12.09.2018 – 18.00 Uhr	• Sitzung Kreisvorstand ➞ Geschäftsstelle
19.09.2018 – 09.30 Uhr	• Bürger*innenfrühstück ➞ Geschäftsstelle
24.09.2018 – 18.00 Uhr	• Fraktionssitzung ➞ Geschäftsstelle
25.09.2018 – 16.00 Uhr	• Beratung BO-Vorsitzende ➞ Geschäftsstelle
25.09.2018 – 18.00 Uhr	• Buchvorstellung mit Bernd Riexinger, Lighthouse, Bahnhofspassage 4

Änderungen vorbehalten!
Bitte achten Sie auch auf Terminankündigungen in der Presse und auf unserer Homepage.

Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 1/2018

Die Profis unter unseren Rätselfüchsen habe bei den Fragen sicher gelächelt, weil die Beantwortung so leicht war. Hier die richtigen Antworten:

Bild 1: 10 Glocken (a),
Bild 2: 18 Stufen (c) und
Bild 3: 18 neue Lampen am Salzhof (b).

Über je einen City-Scheck können sich freuen: Doris Brandt, Charlotte Lenk und Gerda Pohl (alle aus Brandenburg an der Havel). Die Redaktion der „Havelbrandung“ gratuliert recht herzlich.

Werner Müller

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 02/2018, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 - 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Andreas Kutsche. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
Druck: LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 15.000 Stück, **Layout:** Druckerei Bertz, **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion:** Jule Moosdorf, Petra Zimmermann, Lutz Krakau, Andreas Kutsche und Wilfried Weise, **Grafik:** privat (6), **Karikatur:** Heiko Sakurai (6).

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Kirchhofstr. 1 – 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Im Juli und August 2018
  Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- In allen anderen Monaten
  Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr
- Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33
Fax: 03381 / 22 99 61
Website: www. dielinke-stadt-brb.de
E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95